

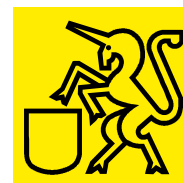


21. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 1. Juli 2013, 19:00 Uhr bis 20:20 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Dominic Müller (CVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	39 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp)
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Benedikt Stockmann: Bereich SVP Andreas Sturzenegger: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Valeria Rampone: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 20. Sitzung vom 6. Mai 2013
3. Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) "Zwischennutzung Leepünt-Areal" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 182/2012
4. Interpellation Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) "Austritt der Stadt aus der SKOS" / Begründung GR Geschäft Nr. 207/2013
5. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende "Tagesschule light beziehungsweise Halbtageschule für Dübendorf" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 208/2013
6. Jahresrechnung 2012, Genehmigung GR Geschäft Nr. 200/2013
7. Geschäftsbericht 2012, Genehmigung GR Geschäft 199/2013
8. Obere Geerenstrasse, Teilstück Kettenweg bis Untere Geerenstrasse - Erneuerung Kanalisation / Sanierung und Neugestaltung Strasse; Bauabrechnung GR Geschäft Nr. 204/2013



1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Dominic Müller (CVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Stimmenzählerin Angelika Murer Mikolasek hat sich für die heutige Sitzung abgemeldet. Dominic Müller schlägt Valeria Rampone als Ersatz vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt und stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neue Geschäfte seit 6. Mai 2013

Der Stadtrat hat folgende neuen Geschäfte überwiesen:

- Reglement über die Wasserversorgung (Wasserversorgungsreglement der Stadt Dübendorf), Änderung Art. 29.3
- Teilnahme am neuen Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) per 1. Januar 2014

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL sind keine neuen Geschäfte eingegangen.

Folgende neue politische Vorstösse sind beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) „Austritt der Stadt aus der SKOS“ (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)
- Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende „Tagesschule light bzw. Halbtageschule (08.00-15.00 Uhr) für Dübendorf (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)

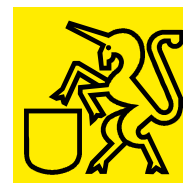
Folgende Beantwortungen des Stadtrates sind eingegangen:

- Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) «Zwischennutzung Leepünt-Areal» / Beantwortung des Stadtrates (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)
- Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) „Umsetzung Gegenvorschlag Krippeninitiative“ / Beantwortung des Stadtrates

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Stefanie Huber (GEU/glp)

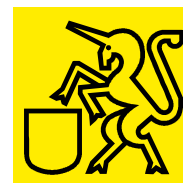
„Die GEU / glp steht zu einem volkswirtschaftlich prosperierenden Flughafen, der gleichermassen die Anliegen der lärm betroffenen Bevölkerung, der Umwelt und des Klimaschutzes respektiert. Dazu sind weder Verlängerung von Pisten noch Südanflüge und ebenso keine aus Sicherheitsgründen vorgeschobenen Südstarts straight notwendig. Letzte Woche war es so weit – der Bundesrat hat den ersten Teil des lange erwarteten Sachplans Infrastruktur Luftfahrt für den Flughafen Zürich festgelegt. Für die Dübendorferinnen und Dübendorf wird damit klar, mit was wir uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auseinandersetzen haben – Wenn es nach dem Bund geht, mit einem Südstart straight längerfristig, vermehrten Südstarts bei Nebel und Bise kurzfristig. Auch wenn der Flughafen betont, dass dies aufgrund der Anzahl Lärm betroffenen alles nicht im Interesse des Flughafens sei, spricht die Eintragung dieser Grundlagen im SIL Bände. Dazu kommen Begehrlichkeiten nach Pistenausbauten - die Grünliberalen sprechen sich klar gegen die Vororientierungen zu den geplanten Pistenverlängerungen aus. Das Mittel des SIL, welchen der Bundesrat einführen kann, ohne dass wir Betroffenen uns dagegen wehren könnten, ist ein Unding in unserem Rechtssystem. Der Bundesrat hat zwar für den zweiten Teil des SIL, welcher politisch noch umstrittenere Inhalte



beinhalten wird und die Pflöcke des künftigen Betriebs in Stein meisseln wird, angekündigt, dass er ein umfassendes Vernehmlassungsverfahren für Behörden und die betroffene Bevölkerung durchführen will. Wir wissen aber aus dem ersten Teil SIL und dem Entscheid des Bundesrates für eine eventuelle private Trägerschaft für den Militärflugplatz Dübendorf, dass diese Versprechen nichts heissen müssen. An dieser Stelle verdanken wir dem Regierungsrat seine schnelle Stellungnahme von letzter Woche, in welcher für den zweiten Teil des SIL ein transparentes Verfahren fordert und seiner Intention Ausdruck verleiht, sich im VR des Flughafens mit dem Vetorecht gegen Südstarts für Verspätungsabbau bei Bise und Nebel einzusetzen. Wir werden ihn beim Wort nehmen! Die Grünliberalen setzen sich weiterhin auf allen Ebenen – national, kantonal, lokal – gegen noch mehr Kapazitätserweiterungen des Flughafens, für den gekröpften Nordanflug (GNA) und gegen Pistenausbauten ein. Der Süden sollte aber insbesondere bei den Pistenausbauten aufpassen, dass er nicht den Schalmeienklängen des Flughafens erliegt, der zuerst versprochen wird, dass damit die Südanflüge aufgehoben werden könnten. Stattdessen folgen dann umgehende der Südstart straight und neue Verfahren wie Landungen von Süden auf Piste 32, von denen heute noch niemand spricht. Innerhalb der Rahmenbedingungen der bestehenden Pisten und mit einem GNA besteht genügend Spielraum für einen wirtschaftlich erfolgreichen Flughafen. Einen Flughafen mit den breit akzeptierten maximal 320'000 Flugbewegungen, den 7 Stunden Nachtruhe plus die zwei Nachtrandstunden 6-7 und 22-23 mit klarem Mengengerüst. Damit bleiben Zürich und die Schweiz international vernetzt.“

Orlando Wyss (SVP)

„Der von der Sozialbehörde Dübendorf an ihrer Sitzung vom 28. Mai 2013 gefällte Entscheid, aus dem privaten Verein Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS auszutreten hat nicht nur in Dübendorf, sondern über unsere Gemeindegrenze für Aufsehen und Reaktionen geführt. Dieser Schritt kam nicht zufällig oder unüberlegt. Er ist die logische Folgerung auf Fehlentwicklungen, welche durch die SKOS seit Jahren gefördert werden. Darum wurde auch im Jahr 2011 ein Postulat der SVP mit 112 zu 60 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, welches zufälligerweise am Tag vor der Verkündung des Dübendorfer Austritts im Kantonsrat behandelt und abgeschrieben wurde. Auch dem Zürcher Kantonsrat ist klar, dass die Besserstellung der Sozialhilfeempfänger gegenüber denjenigen, welche jeden Tag zur Arbeit gehen und ein tiefes Einkommen haben, beseitigt werden muss. Doch wenn man die Zusammensetzung der Gremien der SKOS studiert, welche auf ihrer Homepage ersichtlich ist, ist klar, dass solche Diskussionen bei diesem Gremium nicht geführt werden können. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat der Fall des 23-jährigen Sascha W. aus Berikon, welcher jahrelang Termine der Sozialbehörde schwänzte, keine Post entgegen nahm und gemeinnützige Arbeit verweigerte. Als die Gemeinde ihm die Sozialhilfe strich, wehrte er sich bis vor Bundesgericht, welches ihm Recht gab. Der Entscheid basiert auf einem formaljuristischen Standpunkt, den kein Laie versteht. Der Skandal an dieser Geschichte ist die Reaktion des Präsidenten des SKOS, Walter Schmid. Er begrüßte dieses Urteil und rügte die betroffene Gemeinde. In einem Verein, welcher sich für die sozialen Belange in unserem Land einsetzt und an dessen Spitze ein Mann steht, welcher keinen Unterschied zwischen korrekten und renitenten Sozialhilfebezüger macht, hat Dübendorf nichts zu suchen. Dies sehen immer mehr Kommunen gleich. War vor Dübendorf schon Rorschach aus diesem Verein ausgetreten, hat nun auch Berikon, den Austritt gegeben. Die Sozialbehörde Berikon steht unter sozialdemokratischer Führung, welche diesen Beschluss herbeigeführt hat. Nun hat der Austritt von Dübendorf aus der SKOS keine unmittelbaren Folgen für die Sozialhilfebezüger in unserer Gemeinde. Der Kanton Zürich hat die Richtlinien der SKOS für allgemeinverbindlich erklärt. Doch ist es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Im Kantonsrat werden wir darauf hin arbeiten, dass renitenten Sozialhilfebezüger, welche nicht mit den Behörden kooperieren, die Sozialhilfe über die erlaubten 10% Prozent gekürzt werden können, wie dies im Kanton Aargau der Fall ist, welcher diese Richtlinien auch als allgemeinverbindlich erklärt hat. Es brodelt in der Bevölkerung bei diesem Thema auch darum, weil sich viele in der Sozialhilfe regelrecht eingerichtet haben. Damit wir uns richtig verstehen. Für die SVP gehört die Sozialhilfe zur Kernkompetenz des Staates, wie die innere und äussere Sicherheit des Landes, oder das Recht auf Bildung. Es wird immer Leute geben, welche auf die Hilfe des



Staates angewiesen sind. Doch Ziel der Sozialhilfe muss die Hilfe zur Selbsthilfe sein und nicht die Unterstützung von Leuten, welche das soziale Sicherungsnetz als gemütliche Hängematte missbrauchen. Es darf auch nicht sein, dass Sozialhilfeempfänger besser gestellt sind, wie arbeitende Leute im Niedriglohnbereich. Darum muss ein Malus eingeführt werden können, für Leute, welche unser soziales System offensichtlich missbrauchen. Der Schritt der Dübendorfer Sozialbehörde war richtig, weil mit den Verantwortlichen in der SKOS solche Fragen nicht diskutiert werden können. Dies ist auch klar, weil dieser Verein von linken Politikern dominiert wird. Da unsere Sozialbehörde eine Kommission mit selbständiger Verwaltungsbefugnis ist, hat sie auch die Kompetenz einen solchen Austritt zu beschliessen, da das Geschäft in ihren Kompetenzbereich fällt. Abschliessend kann vermerkt werden, dass sich in Dübendorf für Sozialhilfebezüger, welche sich an die an sie gestellten Richtlinien halten auch in Zukunft nichts ändert. Doch diejenigen, welche mit dem Bezug der Sozialhilfe nur ein bequemes Leben anstreben, müssen sich darauf einstellen, dass dies in Zukunft schwieriger sein wird. Es werden noch einige Gemeinden aus der SKOS austreten und es gibt starke politische Gruppierungen, welche daran arbeiten, dass die Verbindlichkeitserklärung dieses privaten Vereins aufgehoben wird. Die Gemeinden Rorschach, Berikon und Dübendorf machten den ersten Schritt, um in einem Bereich, welcher in unserem Land Ausgaben in Milliardenhöhe generieren, wieder Augenmass und gesunden Menschenverstand einzuführen.“

2. Protokollgenehmigung der 20. Sitzung vom 6. Mai 2013

Zum Protokoll der Sitzung vom 6. Mai 2013 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) "Zwischennutzung Leepünt-Areal" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 182/2012

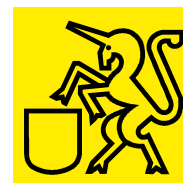
Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne)

„Flanieren statt Parkieren. Über einen Punkt sind sich ganz viele Dübendorfer und Dübendorferinnen mit Sicherheit einig. Uns fehlen ein attraktives, fussgängerfreundliches Stadtzentrum und ein Ort zum Verweilen. Stattdessen prägen Verkehr, Parkplätze und Beton das Ortsbild. Mit meinem Vorstoss wollte ich einen kleinen Beitrag leisten, um die Aufenthaltsqualität im Herzen von Dübendorf zu verbessern. Dafür sind keine teure und aufwändige Installationen oder Bauten nötig. Mit ganz wenig hätte aus einer Brache eine Wiese zum Verweilen oder Fussballspielen entstehen können. Stattdessen wird diese Brache mit einem Zaun versehen und mein konstruktives Anliegen mit den drei folgenden Begründungen glatt heruntergespült.

Begründung Stadtrat 1: „Das Areal soll im besten Fall 2015/2016 überbaut werden. Eine Zwischennutzung für drei bis fünf Jahre lohnt sich nicht.“ Wüst und Partner arbeitet aktuell intensiv mit der Stadt an der ersten Phase einer Nutzungskonzession. Aus meiner Sicht wäre es ein leichtes gewesen, diesen Auftrag zu ergänzen und eine Zwischennutzung mit in diese Konzession auszunehmen. Damit wäre auch klar gewesen, dass eine Zwischennutzung eine Zwischennutzung bleibt und nicht wie von verschiedenen Seiten befürchtet, aus dem Provisorium ein Provisorium entsteht. Drei bis fünf Jahre sind für mich für eine Zwischennutzung ein idealer Rahmen.



Begründung 2: „Die vom Postulanten herangezogene Mustersammlung beinhaltet 13 Beispiele. Abgesehen davon, dass von diesen 13 Beispielen nur gerade zwei Areale in kommunalem Besitz sind, bewegen sich die Arealfächen im Durchschnitt bei etwa 40'000 bis 50'000 m². Aus Sicht des Stadtrats können diese Beispiele für den Umgang mit dem Leepünt-Areal nicht beigezogen werden.“ Ja, Beispiele sind eben Beispiele. Sie sollen inspirieren, für das Areal angepasste Lösungen zu entwickeln und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. In diesem Fall hätte auch eine Beispielsammlung von 1'000 Ideen mit Sicherheit nichts gebracht. Es ist lächerlich und phantasielos zu behaupten, dass meine Beispiele aufgrund der Grösse nicht geeignet sind.

Begründung 3: „Von den rund 15'000 m² stehen höchstens 2'000 m² für eine Zwischennutzung zur Verfügung.“ Es war nie meine Absicht, 15'000 m² für eine Zwischennutzung in Anspruch zu nehmen. 15'000 m² sind ein Denkraum, wo etwas gemacht werden kann. Ich bin sehr wohl zufrieden, wenn auf diesen 2'000 m² – das ist übrigens ein halbes Fussballfeld – etwas Attraktives entsteht. Es braucht nicht mehr. Und ich bin ja gespannt, wie viele m² dem City-Center angeboten werden.

Kurz und knapp kann ich zusammenfassen: Eine Zwischennutzung wird als Störenfried und nicht als Chance empfunden und ich muss sagen, ich bin wirklich ausserordentlich enttäuscht, dass der Stadtrat keine Sekunde in einen konstruktiven Vorschlag für eine Zwischennutzung investiert hat. Damit jedoch nicht genug. Noch schlimmer als kein konstruktiver Vorschlag zu bringen ist diese Portemonnaie-motivierte Absicht, ein City-Center-Provisorium auf dem Leepünt-Areal aufzustellen. Es zeugt für mich nicht von Weitsicht und Wille, das Herz von Dübendorf zu Gunsten der Bevölkerung aufzuwerten. Wieder einmal mehr geht man zu Gunsten von ein paar Parkplätzen, in diesem Fall vor dem City-Center, den Weg des geringsten Widerstands. Ich empfinde es als Affront, dass statt eines attraktiven temporären Grünraums für alle, ein weiterer Raum für Konsum und Parkplätze geschaffen werden sollen. Parkieren statt Flanieren war nicht die Absicht meines Anliegens. Ich bitte Sie, das Postulat aufrecht zu erhalten. Aus meiner Sicht reicht die Zeit gut aus, auf diesen 2'000 m², welche heute eingezäunt sind, ein Rasen, vielleicht zwei Sitzbänke, eine Wiese zum Spielen oder Flanieren zu installieren. Zu Gunsten von einem attraktiven Stadtzentrum, das zum Flanieren statt Parkieren einlädt.“

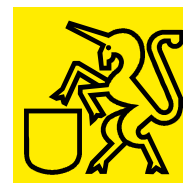
Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion:

Thomas Maier (GEU/glp)

„Ich muss ihnen gestehen, dass ich schon etwas enttäuscht bin vom Stadtrat. Wie leider oft in solchen Fragen reagiert der SR sehr defensiv und wenig kreativ. Wir von der GEU/glp finden das schade. Wir, oder Generationen nach uns, hätten und haben auf diesem Leepüntareal sehr schöne Entwicklungsmöglichkeiten für Dübendorf. Ein paar Beispiele haben wir vorher gehört. Aktuell diskutieren wir über eine Zwischennutzung. Persönlich hätte ich mir hier sehr gut vorstellen können, dass der SR offensiver agiert und z.B. einen kleinen Park, Grünflächen oder ähnliches bereit ist einzurichten. Stattdessen reduziert er mit diversen Gründen die sog. Freie Fläche auf 2000m². Und das lohne sich dann doch sicher nicht, ist die Aussage. Und dann eilen ihm offenbar noch ein paar Mieter aus dem City Center zu Hilfe, die ein Provisorium suchen. Aus jetziger Sicht, ist das sicherlich hilfreich. Ich bin zwar erst 37, bald 38, mache aber seit vielen Jahren hier in Dübendorf Politik. Und meine Erfahrung lehrt mich, dass aus hässlichen Provisorien rasch noch hässlichere Providurien werden. Ich nehme wohl richtigerweise an, dass der Stadtrat nur Mieter aufnimmt, die beim Bezug des Provisoriums einen gültigen Mietvertrag für Zeit danach im City Center vorweisen können und gleich wieder ausziehen und das Provisorium selber abrechnen und den Ursprungszustand wieder herstellen. Auch auf die Planungsresultate des SR sind wir von der glp sehr gespannt. Für uns stellt das Leepünt immer noch eine äusserst wertvolle Landreserve im Herzen unseres Zentrums dar und einfach so sind wir nicht bereit, das zu überbauen, nur damit überbaut ist. In diesem Sinne werden wir uns wahrscheinlich bei der Abstimmung mehrheitlich enthalten.“



Abstimmung

Das Postulat „Zwischennutzung Leepünt-Areal“ wird mit 19 zu 10 Stimmen abgeschrieben.

4. Interpellation Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) "Austritt der Stadt aus der SKOS" / Begründung GR Geschäft Nr. 207/2013

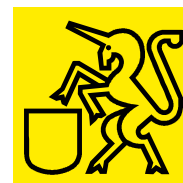
Begründung

Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne)

„Die Sozialbehörde der Stadt Dübendorf hat am 28. Mai 2013 beschlossen, aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS auszutreten. Dies hat schweizweit aber auch in der Bevölkerung unserer Stadt grosses Aufsehen erregt. Vorangegangen war diesem Beschluss ein monatelanges Trommelfeuer der schweizerischen und kantonalen SVP gegen die SKOS-Richtlinien und gegen den Präsidenten der SKOS. Im Frühling erfolgte ein SVP-Vorstoss im Kantonsrat, der die Überprüfung der SKOS-Richtlinien und explizit auch die Senkung der Sozialhilfe forderte. Etwas, das nota bene auch im SVP-Programm steht. Einen Tag vor dem Beschluss der Dübendorfer Sozialbehörde hat dann der Kantonsrat beschlossen, dieses SVP-Postulat abzuschreiben.. Allerdings mit dem Auftrag an den Regierungsrat, zusätzlich Fragen bezüglich des sog. Schwellenwerts abzuklären, also jenes Problems, dass Sozialhilfeempfänger mit einem sehr tiefen Lohn evtl. den Anreiz zu schaffen verlieren, weil sie gleich viel oder mehr Sozialhilfe bekommen als ihren Lohn. Übrigens ein Problem, das eigentlich alle sehen, auch wir, und auch alle bemüht sind, bessere Lösungen zu suchen. Gleichzeitig und in einer konzertierten Kampagne hat die SVP alle ihre Leute in den Gemeindevorständen und Parlamenten aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass ihre Gemeinden aus der SKOS austreten. Von über 1000 Gemeinden, die Mitglied in der SKOS sind, ist dieser Schritt bisher nur von drei Gemeinden getan worden. Darunter auch (als grösste) unsere Stadt. Unser zuständiger Sozialvorstand ist den Befehlen seiner Parteileitung willig nachgekommen, hat eine Mehrheit seiner Sozialbehörde hinter sich geschart und den Beschluss zum Austritt durchgezogen. Das ging im Eiltempo, wahrscheinlich waren sich nicht alle Mitglieder in der Behörde im Klaren darüber, zu was für einer Politaktion sie hier missbraucht wurden. Es geht bei diesen Aktionen um mehr als diese wenigen Einzelfälle, bei denen ein möglicher Lohn gleich hoch oder höher sein kann als die Sozialhilfe. Es geht um das Sparen bei den Sozialausgaben auf Kosten der Schwächsten. Der Austritt aus der SKOS hat glücklicherweise keine unmittelbaren Folgen, da die SKOS-Richtlinien vom Kanton als verbindlich erklärt wurden und deshalb von allen Gemeinden angewendet werden müssen. Umso eher wird klar, dass es sich bei diesem Entscheid um eine gesteuerte, rein politische Protestaktion gegen die SKOS-Richtlinien und die heutige Praxis der Sozialhilfe handelt. Hinzu kommt ein unqualifizierter Angriff der Sozialbehörde auf die Hochschule für Soziale Arbeit in Luzern und eine persönliche Attacke gegen den Präsidenten der SKOS. Laut Gemeindeordnung, Art. 51, besorgt die Sozialbehörde selbständig die ihr durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung übertragenen Aufgaben im Vormundschafts- und Fürsorgebereich und beaufsichtigt die Alters- und Krankenhäuser. Das heisst, die Sozialbehörde ist für den Vollzug der entsprechenden Gesetze und Verordnungen zuständig. Politische Statements oder gar Protestaktionen im Namen der Stadt gehören unserer Meinung nicht in die Kompetenz der Sozialbehörde. Auch ist es fraglich, ob die Sozialbehörde selbständig und ohne Zustimmung des Stadtrates den Ein- und Austritt aus der SKOS oder ähnlichen Organisationen beschliessen kann, unbesehen der damit verbundenen Ausgabenkompetenz. Der Schritt der Sozialbehörde inhaltliche und rechtliche Probleme auf. Wir haben deshalb dem Stadtrat folgende Fragen gestellt:

1. Wurde der Stadtrat vor dem erwähnten Beschluss informiert bzw. konsultiert?

Wenn nein, ist der Stadtrat der Meinung, dass die Sozialbehörde solche relativ weitgehenden Beschlüsse wie den Austritt aus der SKOS selbständig und ohne Konsultation des Stadtrates beschliessen kann und soll?



2. Ist es Aufgabe der Sozialbehörde, politischen Protestaktionen im Namen der Stadt Dübendorf durchzuführen bzw. zu unterstützen?
3. Ist der Stadtrat einverstanden mit den inhaltlichen Aussagen und der Begründung für den Austritt aus der SKOS?
4. Ist der Stadtrat bereit, die Sozialbehörde und den zuständigen Sozialvorstand auf evtl. Kompetenzüberschreitungen hinzuweisen?
5. Ist der Stadtrat bereit, den Beschluss zum Austritt aus der SKOS im Gesamtstadtrat zu diskutieren und evtl. auf den Beschluss zurückzukommen?

Da sich der Gesamtstadtrat bisher überhaupt nicht zur Problematik geäußert hat, bitten wir um eine möglichst rasche Beantwortung dieser Fragen. Die Dübendorfer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger warten darauf.“

Die Interpellation „Austritt der Stadt aus der SKOS“ ist durch den Stadtrat innert vier Monaten zu beantworten.

5. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende "Tagesschule light beziehungsweise Halbtageschule für Dübendorf" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 208/2013

Begründung Postulat:

Gaby Gossweiler (FDP)

„Im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung haben Andrea Kennel und ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass unser Postulat anders aufgenommen worden ist als von uns gemeint. Wir wollten verbindliche Antworten auf unserer Fragen und wir wollten eine grundsätzliche Aussage des Stadtrates – wir wollten zum jetzigen Zeitpunkt keine 1:1-Umsetzung unseres Postulats. Uns ist klar geworden, dass ein Beharren auf unserem Postulat nicht zielführend ist und ziehen dieses zurück. Gleichzeitig mit dem Rückzug des Postulats reichen wir heute Abend unsere Fragen in Form einer Interpellation ein.“

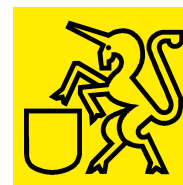
6. Jahresrechnung 2012, Genehmigung GR Geschäft Nr. 200/2013

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Ich gliedere mein Referat in drei Teile

- Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau
- Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen
- Antrag

Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Prüfung und der Beurteilung der Rechnung 2012. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren zahlreiche Fragen zur Rechnung zusammen, die zwischenzeitlich zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet worden sind. Einen zentralen Stellenwert bei der Bearbeitung der Jahresrechnung 2012 nimmt wiederum die obligatorische finanztechnische Revision durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich ein. Das Ergebnis ist sehr erfreulich: Wenig Bemerkungen und Hinweise und ein gut eingeführtes internes Kontrollsystem IKS zeigen, dass die Rechnung der Stadt Dübendorf sorgfältig geführt wird. Die Revisoren attestieren im Quervergleich mit anderen Gemeinden eine überdurchschnittliche Qualität. Allerdings ist der Revisionsbericht mit einer Einschränkung versehen, die ich im Rahmen der Detailberatung näher kommentiere. Die GRPK ist froh, die Verantwortung für die Kontrolle der Rechnung auf mehrere Schultern zu verteilen. So können wir uns auf die politischen Aspekte konzentrieren. Das Milizgremium ist schlicht nicht in der Lage, eine Rechnung in der Grösse der Stadt Dübendorf technisch fundiert zu kontrollieren und allfällige Fehlentwicklungen zu erkennen. Die GRPK nahm das



positive Ergebnis mit einem Überschuss in der laufenden Rechnung von rund Fr. 3,7 Mio. und mit einer grösseren Budgetabweichung zur Kenntnis. Der finanzielle Spielraum der Stadt Dübendorf ist grösser geworden. Das Eigenkapital der Stadt ist erneut verstärkt worden und beträgt nun Fr. 78,7 Mio. Unser Gemeinwesen ist gut gerüstet, um die kommenden Aufgaben anzupacken. Trotzdem gilt es, weiterhin haushälterisch mit dem Steuerfranken umzugehen und jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit hin zu überprüfen. Es gilt weiterhin Notwendiges vom Wünschbaren zu trennen. Gute Ergebnisse können nämlich dazu verleiten, grosszügig zu werden. Vor diesem Hintergrund ist der Stadtrat bei den Arbeiten rund um den Voranschlag 2014 gefordert, den Steuerfranken weiterhin effizient und effektiv einzusetzen. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei allen, die an der Jahresrechnung 2012 mitgearbeitet haben. In meinen Dank schliesse ich den Stadtrat und die Mitarbeiter der Verwaltung für ihre Arbeit rund um die Beantwortung der GRPK Fragen ein. Die Antworten waren überwiegend informativ, offen und ehrlich. Die Bearbeitung unseres Fragenkatalogs ist aufwendig, ermöglicht uns aber einen vertieften Einblick in verschiedene aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Die GRPK beantragt Eintreten auf die Jahresrechnung 2012.

Ergebnis 2012

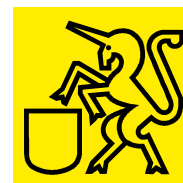
Die laufende Rechnung 2012 weist einen Ertragsüberschuss von Fr. 3,7 Mio. aus, geplant war ein Defizit von Fr. 2,1 Mio., was zu einer Ergebnisverbesserung von Fr. 5,8 Mio. führte. Eine erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen (+ Fr. 7 Mio.) und ein Buchgewinn von Fr. 1,7 Mio. aus Liegenschaftsverkäufen führten zu diesem Resultat. Allerdings sind auch weniger erfreuliche Aufwandsentwicklungen in verschiedenen Bereichen festzustellen, die wesentlich über der Teuerung und dem Voranschlag liegen. Aufgrund des neuen kantonalen Finanzausgleichsgesetzes haben die Kostenanteile der Primarschule, welche die Gemeinde trägt, um Fr. 2,7 Mio. markant zugenommen. Die Primarschule hatte keine Möglichkeiten, diese Aufwandsteigerungen zu reduzieren. Ferner trugen die Mehraufwendungen im Bereich Pflegefinanzierung mit Mehrkosten von Fr. 1,3 Mio. und die um Fr. 700'000 gesteigerten Kosten im Bereich Sozialhilfe wesentlich zu einer Erhöhung des Aufwandes bei.

Revision Gemeindeamt Kanton Zürich

Erneut prüften die Revisoren des Gemeindeamtes des Kantons Zürich die Rechnung der Stadt Dübendorf und den Zweckverbänden Zürcher Planungsgruppe Glatttal ZPG und Sportanlage Dürrbach. Erstmals seit der Einführung der technischen Kontrolle der Rechnung durch das Gemeindeamt vor ein paar Jahren macht das Kontrollorgan eine Einschränkung geltend. Vom Regierungsrat wurde die Stadt Dübendorf angewiesen, als Beitrag zur Sanierung der kantonalen BVK einen Betrag von Fr. 1,4 Mio. zulasten der laufenden Rechnung zurückzustellen. Bekanntlich hat die Stadt Dübendorf eine eigene Pensionskasse. Dieser Sanierungsbeitrag steht aber im Zusammenhang mit den kantonal besoldeten Lehrkräften der Primarschule. Der Stadtrat hat sich bewusst entschieden, den Betrag in der Jahresrechnung 2012 nicht zurückzustellen, sondern vorgängig rechtliche Abklärungen vorzunehmen. Mittlerweile liegt eine erste Einschätzung des zugezogenen Anwalts vor und die Chancen sind klein, dass Dübendorf keinen Beitrag zur Sanierung der BVK zu leisten hat. Die Rückstellung wird im laufenden Rechnungsjahr vorgenommen. Mit anderen Worten wird das Ergebnis 2012 der Stadt Dübendorf um Fr. 1,4 Mio. zu positiv ausgewiesen. Die GRPK hat diesen Schritt zur Kenntnis genommen. Ob es im Hinblick auf das gute Ergebnis 2012 sinnvoll war, mit der Rückstellungsbildung zuzuwarten, steht auf einem anderen Blatt. Die Einschränkung ist mit dem Hinweis, dass diese wenig erfreuliche Buchung im laufenden Jahr vorgenommen wird, erledigt.

Laufende Rechnung

Bei der Beurteilung der Laufenden Rechnung 2012 verdienen an dieser Stelle zwei Themen ein genaueres Erwähnen. Nämlich die Papiersammlung durch die Vereine und der Schulbereich mit zwei Aspekten aus dem Schulbereich: Seit Jahren wirken die Vereine bei der Altpapiersammlung aktiv mit und werden für diese Arbeit, gestützt auf einen Volksabstimmungsentscheid, auch finanziell angemessen entschädigt. Dabei werden die Marktpreisschwankungen des Altpapiers bewusst ausgeklammert. Seit einigen Jahren ist das Volumen der Strassensammlung markant rückläufig, da viele Dübendorfer ihr Altpapier via Oeki-Bus oder via Hauptsammelstelle direkt entsorgen. Um den für



die Vereine wichtigen Sammelerlös nicht zu schmälern, ist die Stadt dazu übergegangen, die Vereinsmitglieder für Hilfsarbeiten an der Hauptsammelstelle zu engagieren und dafür eine Entschädigung auszusprechen, die dem Gegenwert von 500 Tonnen Altpapier aus der Strassensammlung entspricht. Diese Anpassung wurde vom Tiefbauvorstand in Zusammenarbeit mit den Vereinen ausgearbeitet. Die Höhe der Entschädigung blieb grosso modo gleich. Nun stellt sich für die GRPK die Frage, ob die vorgenommene Neuausrichtung durch den damaligen Volksentscheid noch gedeckt ist. Wir begrüßen die Zusicherung des SR sehr, den Sachverhalt genau zu beurteilen und gegebenenfalls dem zuständigen Organ eine neue Vorlage zum Entscheid zu unterbreiten. Die Kostenentwicklung im Bereich Schule beunruhigt die GRPK, auch wenn Investitionen in die Bildung für unsere Gesellschaft mehr als nur vital sind. Die jährlichen Kosten pro Schüler haben sich von Fr. 12'133 im Jahr 2002 auf Fr. 16'415 im Jahr 2012 erhöht, was deutlich über der Inflation in dieser Periode liegt. Die Stadt Dübendorf wendet für die Primarschule knapp Fr. 29 Mio. auf. Auch wenn der Grossteil der Aufwandentwicklung durch kantonale Vorgaben im Bereich Lehrerlöhne verursacht sind, erlaubt sich die GRPK, den Finger auf zwei Aspekte zu legen: Die Transportkosten für Schüler mit einer Behinderung, die nicht in Dübendorf zur Schule gehen können, haben im Mehrjahresvergleich markant und deutlich zugenommen. Die Wahl des Transportmediums und damit auch der Kosten werde von der Schule vorgenommen, die das jeweilige Kind betreut. Wir fragen uns, ob es keine andere Möglichkeit in diesem Bereich gibt, die Aufwandsteigerung etwas zu bremsen. Nach unserer Ansicht ist hier die Schulpflege gefordert, die Entwicklung sorgfältig zu beobachten und entsprechende Massnahmen einzuleiten. Auch bei der Allgemeinen Musikschule fällt eine hohe Kostenzunahme auf, die sich nur teilweise mit veränderten Schülerzahlen erklären lässt. Die Primarschule werde die Aufwandszunahme an einer Strategiesitzung hinterfragen und nötigenfalls Gegenmassnahmen ergreifen, war von Edith Jöhr an der Schlussdiskussion zu vernehmen, was die GRPK sehr begrüsst. Ferner haben wir erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Schulpflege plant, detaillierte Aufwandüberprüfungen im Bereich Hort und Krippe an die Hand zu nehmen.

Investitionsrechnung

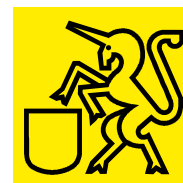
Im vergangenen Jahr investierte die Stadt Fr. 8,3 Mio., was in etwa dem durchschnittlichen Investitionsvolumen der Jahre 2008 bis 2012 entspricht und für die Grösse der Gemeinde Dübendorf auf einem tiefen Niveau legt. Die Investitionsvorhaben wurden zu 65 %, im Vorjahr zu 54 % realisiert. Die realisierten Vorhaben stammen aus unterschiedlichsten Bereichen der Stadt. Stichwortartig führe ich auf: Primarschule: Ersatz Informatikmittel, Alterszentrum: neues Mobiliar, Neubau Werkhof, neues Kommunalfahrzeug, Hochwasserereignis und Arbeiten an Gewässern. Die Investitionsrechnung führte zu keine besonderen Feststellungen durch die GRPK.

Pensionskasse

Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf erzielte in der Berichtsperiode aufgrund der positiven Entwicklung an den Wertschriftenmärkten eine Performance der Anlagen von 5,9 %. Im Berichtsjahr wurden die Wertschwankungsreserven um Fr. 4,7 Mio. auf neu Fr. 6,29 Mio. verstärkt. Der Deckungsgrad betrug per 31. Dezember 2012 104,5 % (Vorjahr 101,2 %). Die Risikofähigkeit der Pensionskasse der Stadt Dübendorf verbleibt weiterhin generell eingeschränkt. Der Revisionsbericht der BDO AG liegt vor und enthält wiederum keine Einschränkungen oder Vorbehalte. Die GRPK nahm den Revisionsbericht der BDO zur Kenntnis.

Schlussbemerkungen

Die Prüfungsarbeit der GRPK umfasste selbsterklärend weitere Themenkreise. Mein Referat dient aber dazu, schlaglichtartig Besonderheiten zu unterstreichen und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vor diesem Hintergrund war das Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates wertvoll, da die Meinung der Kommission zu den hier nicht näher ausgeführten Feststellungen direkt und ungeschminkt übermittelt werden konnte. Gesamthaft stellte die GRPK fest, dass die Rechnung 2012 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Das Ergebnis ist in wirtschaftlicher Hinsicht mehr als nur erfreulich. Immer wieder stellten wir fest, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.



Antrag

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig

1. Die Jahresrechnung 2012
 - a) des Politischen Gutes
 - b) der Pensionskassezu genehmigen.
2. Der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Fr 3'688'405 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.“

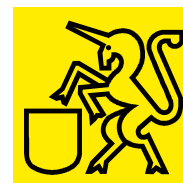
Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp)

„Ich will mich heute relativ kurz halten. Zuerst möchte ich dem GRPK-Präsidenten für seine Ausführungen und auch die wohlwollende Kritik an unserer Rechnung danken. Im Zentrum stehen immer Mehraufwände und Mehrerträge. Erfreulich gewesen im letzten Jahr war ganz klar, dass wir insgesamt rund Fr. 4,5 Mio. mehr Steuererträge hatten. Der Hauptteil bezog sich dabei auf die Steuern der laufenden Periode und der Vorjahre, was grundsätzlich sehr positiv ist. Was man aber feststellen muss, dass bei den aktiven und passiven Steuerauscheidungen ein markantes Minus von über Fr. 2 Mio. resultierte und in den übrigen Steuern von rund Fr. 0,8 Mio. Sei bleiben ungefähr Fr. 4,5 Mio. Mehrerträge. Das wäre jetzt schön und gut, das Problem ist jedoch, dass wenn man die Mehraufwände anschaut, gibt es ein paar Bereiche, die zusammen Fr. 4.8 Mio. Mehraufwände ergeben, die man bei der Budgetierung nicht gesehen hatte. Die Pflegefinanzierung mit Fr. 1,34 Mio., die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe mit Fr. 0,7 Mio., die WBK mit einem Plus von Fr. 0,2 Mio., die Primarschule mit fast Fr. 2 Mio. Mehrauswand und das Diverse mit ungefähr Fr. 0,5 Mio. (Grösserer Posten: Interne Verrechnung Alters- und Spitexzentrum). Minderaufwände hatten wir auch, nämlich Fr. 0,5 Mio. weniger Abschreibungen, die durch die tiefen Investitionen entstanden sind. Erfreulicherweise resultierte bei den Zusatzleistungen und der AHV eine Fr. 0,5 Mio. weniger. Ebenfalls konnte ein Teil der Pflegefinanzierung vom Minderaufwand des Alters- und Spitexzentrum kompensiert werden. Insgesamt haben wir jedoch in diesem Bereich ein Wachstum.

Die Investitionsrechnung fiel wie angetönt tief aus. Tief, weil gewisse Vorhaben nicht so schnell vorwärts gekommen sind. Wir haben immerhin einen höheren Erfüllungsgrad als auch schon. Aber wir werden weiterhin im Rahmen des Budgets sehr zurückhaltend sein beim Einstellen in die Investitionsrechnung. Die Wünsche, was man alles umsetzen will, zeichnen sich am Schluss wieder in der Rechnung ab.

Sehr erfreulich für die Stadt Dübendorf ist in diesem Jahr sicher die Pensionskasse. Ich will nach wie vor sagen, dass die Pensionskasse in ihrer Grundstruktur angespannt ist. Eigentlich müsste sie in der aktuellen Situation, wo niemand genau weiss, wo man an der Börse steht, eine deutlich höhere Schwankungsreserve ausweisen. Diese ist momentan eindeutig zu tief. Somit ist die Risikofähigkeit der Pensionskasse nach wie vor eingeschränkt und in diesem Sinne wird sich auch die Pensionskassenkommission bzw. der zukünftige Stiftungsrat über die langfristige Sicherung der Pensionskasse Gedanken machen müssen.

Die Sanierung der BVK ist eine sehr unerfreuliche Geschichte. Der Stadtrat hat bewusst entschieden, die Rückstellung von 1,4 Mio. nicht zu machen, da er dies zuerst juristisch klären lassen wollte. Leider ist die juristische Aussage glasklar und besagt, dass wir die 1,4 Mio. zahlen werden müssen. Sicher hätte man sagen können, dass ein gutes Rechnungsjahr es erlauben würde, eine solche Rückstellung zu machen. Jedoch kam die Vorgabe, die 1,4 Mio. zurückzustellen von einer Stelle, nämlich dem Kanton, welches die gleiche Regierungsstelle ist, die für die ganze BVK-Geschichte verantwortlich ist. Und darum haben wir klar gesagt, dass wir zuerst die juristische Klärung haben wollen und nicht einfach eine Rückstellung machen von einer anweisenden Stelle, die selbst nicht ganz unbefangen ist. Darum wollten wir ein unabhängiges Gutachten, aber kein langes und teures. In diesem Sinne ist es klar, wie es der GRPK-Präsident bereits andeutete, dass die Rückstellung im Rechnungsjahr 2013 gemacht werden wird, und zwar unabhängig vom Resultat der Rechnung. Den Hinweis der GRPK bezüglich Altpapier werden wir aufnehmen und anschauen. Auch die Hinweise



bezüglich Primarschule werden von der Primarschulpflege aufgenommen. Wir können jedoch keine Versprechungen abgeben, ob alles so erfüllt werden kann, wie es die GRPK wünscht, aber wir werden uns bemühen. Abschliessen möchte ich der GRPK danken für die kritische Prüfung der Rechnung, aber auch für die gute Zusammenarbeit, die wir pflegen. Auch dass der Stadtrat Stellung nehmen kann im Rahmen des sehr engen Zeitplans bei der Erarbeitung der Fragen und Antworten. Selbstverständlich hoffe ich auch, dass die Rechnung abgenommen wird und bedanke mich dafür.“

Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

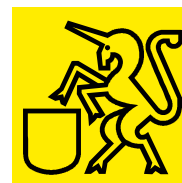
„Auch im Rechnungsjahr 2012 liegt das Ergebnis gegenüber dem Budget 2012 um Fr. 5,8 Mio. daneben. Eigentlich ein kleiner Betrag, wenn man die Abweichungen der letzten Jahre als Vergleich heranzieht. Das wird sich auch unser Finanzvorstand gesagt haben, als sich dieses Ergebnis abzuzeichnen begann. Dies wird auch der Grund gewesen sein, dass er die Rückstellungen für die BVK in der Höhe von Fr. 1,4 Mio. lieber in das Folgejahr verschoben hat, wo er sehr wahrscheinlich die Ergebnisverschlechterung besser brauchen kann, als in der Rechnung 2012. Denn die Ausgangslage war allen klar. Die Rückstellungen für die BVK müssen gemacht werden und sind auch von allen anderen Gemeinden für das Jahr 2012 vollzogen worden. Hätte unser Finanzvorstand gute Gründe gehabt und seine Sichtweise mit einem Gerichtsentscheid durchgebracht, wäre das Verständnis gross gewesen. Doch jetzt nach einem Juristenrat, den er letztes Jahr schon hätte einholen können, sofort einzuknicken und die Rückstellung im Jahr 2013 zu machen, ist sehr durchsichtig. Aber unser Finanzvorstand hat auch für das Jahr 2013 einen Verlust budgetiert, welcher wieder mit saftigem Fehlbetrag im Plus enden wird und so ist seine Vorgehensweise durchschaubar. An dieser Stelle möchte ich noch auf eine brisante Pressemitteilung der GEU/glp hinweisen, welche im Glattaler auch als Leserbrief erschienen ist. Der Verfasser des Textes ist in eine wahre Euphorie verfallen, als er die Kandidatur von Susanne Hänni und Martin Bäumle ankündigte. Im Wahlkampfbrauch hat der Verfasser entweder nicht zu Ende gedacht oder einen Freudschen Versprecher gemacht. In der Lobeshymne auf Martin Bäumle stand geschrieben. Zitat: "Martin Bäumle ist es zu verdanken, dass die Stadt Dübendorf heute praktisch schuldenfrei dasteht". Zitat Ende. Was der Verfasser der GEU/glp damit behauptet, ist nichts anderes, als dass uns unser Finanzvorstand systematisch über all die Jahre angelogen hat. Wohlverstanden, dieser Vorwurf stammt nicht von mir, sondern von seiner eigenen Partei. Als Martin Bäumle sein Amt als Finanzvorstand angetreten hat, traf er auf Schulden in der Grössenordnung von Fr. 150 Mio. Heute sind diese bei etwa Fr. 30 Mio., was ein guter Wert ist. Ich bin seit dreizehn Jahren im Parlament und in dieser Zeit hat Martin Bäumle immer einen Minusbetrag budgetiert. Wären die Rechnungen immer laut den von Martin Bäumle budgetierten Zahlen eingetroffen, hätten wir heute noch Schulden im dreistelligen Millionenbetrag. In dieser Zeit betrogen die Differenzen zwischen Budget und Rechnung über Fr. 120 Mio., also den Betrag, um den wir die Schulden verringern konnten. Wäre dies ein Verdienst von Martin Bäumle, müsste er uns bewusst falsche Budgets vorgelegt haben, um dieses Ziel zu erreichen. Das und nichts anderes steht in der Pressemitteilung seiner Partei. Wir haben diese Fehlbudgetierungen immer angeprangert und sogar parlamentarische Vorstösse dazu gemacht. Wir haben aber nur die Fähigkeiten von Martin Bäumle, ein ordentliches Budget vorzulegen, angezweifelt. Doch bewusste Fehlinformation des Parlamentes haben wir ihm nicht vorgeworfen. Ein solches Statement, wie es seine Partei gemacht hat, dürfte auch nicht über die Lippen unseres Finanzvorstandes kommen und ich schätze ihn auch genügend intelligent ein, dass er dies nie machen wird. Den Wahlkampfverantwortlichen der GEU/glp empfehle ich, die Gedanken zuerst fertig zu denken, bevor sie auf Papier kommen.“

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp)

Er weist den Vorwurf des Anlügens in aller Form von sich.

Detailberatung:

Keine



Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2012
 - des Politischen Gutes
 - der Pensionskasse der Stadt Dübendorfwird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 3'688'405.92 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital gutgeschrieben.

7. Geschäftsbericht 2012, Genehmigung GR Geschäft 199/2013

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

Der sorgfältig gestaltete Geschäftsbericht legt Zeugnis der vielfältigen Arbeit ab, die durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Dübendorf im Dienste aller verrichtet wird. In diesem Jahr überzeugt das Dokument: Wir beurteilen es als informativ und umfassend. Als Anregung möchten wir dem Stadtrat mit auf den Weg geben, dass Übersichtstabellen mit Zahlenreihen über mehrere Jahre den Informationsgehalt des heute schon sehr aussagekräftigen Berichtes noch zusätzlich steigern könnten. Zu den Aufgaben der GRPK gehört die Prüfung des Geschäftsberichts. Wir hinterfragen die Entwicklung in den einzelnen Bereichen, überprüfen die Aussagen auf Plausibilität. Zu diesem Zweck studierte die GRPK den Bericht detailliert und stellte einen umfassenden Fragekatalog zusammen. Die schriftlichen Antworten des Stadtrates würdigte die Kommission und stellte verschiedene Anschlussfragen, die in einem offenen Dialog von einer Delegation des Stadtrates beantwortet worden sind. Die GRPK war von der Qualität der erhaltenen Antworten sehr positiv überrascht. Allerdings gibt es eine Ausnahme und zwar beim Alterszentrum. Die Beantwortung einer Anschlussfrage rund um die Warteliste ASZ für Pflegeheimplätze und dezentrale Pflegewohnungen blieb leider offen. Die Antwort traf nach der Verabschiedung des Geschäftsberichtes bei der GRPK ein und war zum einen nicht präzise und zusätzlich auch noch unvollständig. Das veranlasste uns, schriftlich bei der Sozialbehörde zu intervenieren. In der abschliessenden Schlussdiskussion mit dem Stadtrat blieben nur wenige Themen offen. Alle offenen Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Die GRPK schätzt den persönlichen Dialog sehr. In der Diskussion mit dem Stadtrat dominierte kein Thema derart, so dass ich auf die Erwähnung einzelner Aspekte bewusst verzichte. Im vergangenen Jahr leisteten viele Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und des Stadtrates sehr gute Arbeit und bearbeiteten intensiv verschiedene Projekte, die für die Stadt an der Glatt zukunftsgerichtet sind.

Antrag

Die GRPK beantragt dem GR einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Diskussion

Keine.



Detailberatung

Kapitel 1 Gemeinderat

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Stadtrat

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Geschäftsleitung

Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Finanzen, Steuern und Liegenschaften

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Planung

Keine Bemerkungen

Kapitel 8 Hochbau

Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Tiefbau

Keine Bemerkungen

Kapitel 10 Soziales

Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne)

Er habe zu diesem Bereich zwei Fragen, die er gerne stellen möchte:

1. Wieso nehmen die Fallzahlen in der Sozialhilfe zu?
2. Wieso berechnet der Sozialvorstand die Sozialhilfequote anders als die anderen Gemeinden? Für einen Vergleich mit anderen Gemeinden sei dies so schwierig.

Antwort durch Sozialvorstand Kurt Spillmann

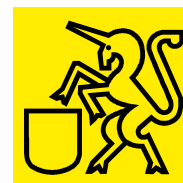
1. Die Zunahme der Fallzahlen sei einfach eine Tatsache. Mal sei der Zulauf grösser, mal kleiner. Er werde jedoch mit den entsprechenden Personen aus der Verwaltung Rücksprache halten und diese Frage schriftlich beantworten.
2. Die Sozialhilfequote berechne sich wie folgt:
Fallzahlen per 31.12. / Einwohnerzahlen per 31.12.
Seit er Sozialvorstand sei, werde dies immer so berechnet und er habe noch keine Frage dazu gehört. Er werde jedoch gerne die Praxis der anderen Gemeinden anschauen und seine Berechnung bei Bedarf anpassen.

Kapitel 11 Bildung

Keine Bemerkungen

Kapitel 12 Friedensrichter

Keine Bemerkungen



Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Dübendorf wird genehmigt.

8. Obere Geerenstrasse, Teilstück Kettenweg bis Untere Geerenstrasse - Erneuerung Kanalisation / Sanierung und Neugestaltung Strasse; Bauabrechnung GR Geschäft Nr. 204/2013

Referat Mitglied GRPK Max Senn

„Die Bauabrechnung beinhaltet zwei Etappen. Diese beiden Etappen sind vom Kettenweg bis zur Unteren Geerenstrasse. Situation zeigen. Die erste Etappe von der Gockhauserstrasse bis Kettenweg wurde bereits früher erstellt. Ich zeige Ihnen ein paar Bilder der betroffenen Strassenabschnitte. Es fällt auf, dass die Strassenabschnitte ziemlich geschwungen sind. Der damals zu bewilligende nicht gebundene Kredit für die beiden Etappen von Fr. 550'000 wurde an der Urne am 1. Juni 2008 bewilligt. Über den gebundenen Teil wurde schon damals in der GRPK diskutiert und mit verschiedenen Abklärungen akzeptiert. Bei dem Antrag fällt auf, dass der nicht gebundene Betrag von Fr. 495'550.- nicht detailliert ausgewiesen wird. Da es sich beim nicht gebundenen Anteil im grossen und ganzen um den Anteil für die Tempo 30 Zone handelt und somit die genauen Zahlen in der Abrechnung fehlen, wurde dies in der GRPK bemängelt. Durch das Tiefbauamt wurde ein Zinssatz von 9.9 % aus den Minderkosten von den Anteilen Tiefbauarbeiten und Nebearbeiten errechnet. Was gegenüber den damaligen Berechnungen für den nicht gebundenen Anteil abweicht. Die GRPK verlangt in Zukunft eine genauere Abrechnung, in dem der ungebundene Teil detailliert ausgewiesen wird. Diesmal wird dies durch die GRPK nochmals akzeptiert. Der damalige Gesamtkredit war mit Fr. 5'580'000 beziffert und die Abrechnung schliesst mit Fr. 4'267'321.15 ab, was einer erfreulichen Reduktion von 23,5 % entspricht. Die Abrechnung ist ohne eine Differenzierung zwischen gebundenen und nicht gebundenen Anteil verständlich strukturiert. Alle Fragen der Unterkommission, ausser dem nicht gebundenen Anteil, wurden zur Zufriedenheit beantwortet. Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat Zustimmung zur Abrechnung.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

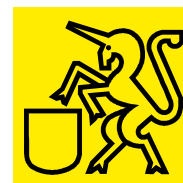
Stellungnahme Tiefbauvorstand Jürgen Besmer

Max Senn habe das vorliegende Geschäft gut erklärt. Für die Kritikpunkte der GRPK habe er ein gewisses Verständnis. Er danke der Unterkommission und der GRPK für die kritische Prüfung und bitte den Rat um Zustimmung dieses Geschäfts.

Allgemeine Diskussion

Reto Steiner (SVP)

Er habe eigentlich nichts zum vorliegenden Geschäft sagen wollen. Nachdem er jedoch die Akten gesehen habe, sei er sehr enttäuscht vom Stadtrat gewesen, da die gebunden vs. der nicht-gebunden Kosten nicht separat ausgewiesen worden sind. Dass man dies jetzt im Nachhinein nicht noch machen werde, sei ihm klar, er bitte jedoch für die Zukunft um eine klare Abgrenzung und saubere Abrechnung.



Thomas Maier (GEU/glp)

„Haben sie gewusst, dass sie 2/5 des Betrags in einen speziellen Randstein an der Oberen Geerenstrasse investiert haben? Wie sie sich vielleicht erinnern, habe ich im Jahre 2010 einmal eine Frage gestellt betreffend eines Teilaspektes der Sanierungskosten der Oberen Geerenstrasse. Ich wollte dort wissen, was die Mehrkosten von einem normalen zu einem solchen speziellen Randstein sind. Die schriftliche Antwort auf diese Frage war: Auf der ganzen Länge dieser Strasse über 810 Meter hat dies Mehrkosten in der Höhe von Fr. 197'000 ausgelöst. Irgendwie schon erstaunlich, dass wir hier in der Stadt Dübendorf, wo wir auch über kleinere Beträge diskutieren, für eine einzelne solche Tempo-30-Zone nur für den Randstein einfach so Fr. 200'000 locker machen können. Ich habe heute Nachmittag noch nachgefragt, wo dies verbucht wurde, und habe verdankenswerterweise auch die entsprechende Antwort erhalten. Es ist in dem von uns genehmigten Kredit verbucht. Wie auch immer. Wir können uns jetzt hier aufregen und das lamentieren. Gebaut ist gebaut und ausgegeben ist ausgegeben. Aber etwas Wichtiges möchte ich hier und heute an dieser Stelle klar festhalten: Sollte je irgendjemand vom Stadtrat oder sonst jemand im anstehenden Abstimmungskampf gegen unsere Volksinitiative dieses äusserst teure und schlechte Beispiel einer Tempo-30-Zone als Gegenargument zu Tempo-30 ins Feld führen, so wäre das an Absurdität nicht mehr zu überbieten. Zuerst eine einzelne Tempo-30-Zone gegen unseren Willen vergolden - denn ablehnen werden wir uns ja wohl nicht leisten können - und dann diese hohe Kosten bei Zonen in anderen Quartieren, die auch gerne Tempo-30-Zonen hätten, ins Feld führen. Ich rate ihnen dringend, das Argument der Kosten besser gar nicht zu benutzen. Wir Grünliberalen wollen mehr Tempo-30-Zonen in Dübendorf und sind darum auch Vollgas für unsere Initiative, aber sicher nicht solche vergoldeten Zonen.“

Abstimmung

Der Bauabrechnung der Oberen Geerenstrasse, Teilstück Kettenweg bis Untere Geerenstrasse, wird mit 36 zu 1 Stimmen zugestimmt.

Beschluss

1. Die Abrechnung über die Neugestaltung der Oberen Geerenstrasse, Teilstück Kettenweg bis Untere Geerenstrasse, über Fr. 495'000.00 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Dominic Müller (CVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Dominic Müller
Gemeinderatspräsident

Valeria Rampone
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger
Stimmzähler